

Nationalrat

Conseil national

Consiglio nazionale

Cussegl naziunal



Aussenpolitische Kommission
CH-3003 Bern

www.parlament.ch
apk.cpe@parl.admin.ch

Stand: Dezember 2011

Die Aussenpolitische Kommission des Nationalrates in der 48. Legislaturperiode (2007 – 2011)

Inhaltsübersicht

- 1 Auftrag
- 2 Behandelte Geschäfte in der 48. Legislaturperiode (2007 – 2011)
- 3 Zusammensetzung der Kommission, Subkommissionen
- 4 Zeitaufwand der Kommission
- 5 Bemerkungen zu den Kommissionsarbeiten
- 6 Ausblick

1 Auftrag

Gemäss Artikel 44, Absatz 1 des Parlamentsgesetzes (ParlG) haben die Legislativkommissionen folgenden Auftrag:

- a. Sie beraten die ihnen zugewiesenen Geschäfte zuhanden ihres Rates vor.
- b. Sie beraten und entscheiden über die ihnen vom Gesetz zur abschliessenden Beratung zugewiesenen Geschäfte.
- c. Sie verfolgen die gesellschaftlichen und politischen Entwicklungen in ihren Zuständigkeitsbereichen.
- d. Sie arbeiten Vorschläge in ihren Zuständigkeitsbereichen aus.
- e. Sie unterbreiten der Konferenz der Präsiden der Aufsichtskommissionen und -delegationen Anträge oder dem Bundesrat Aufträge für Wirksamkeitsüberprüfungen und wirken bei der Schwerpunktsetzung mit.
- f. Sie berücksichtigen die Resultate von Wirksamkeitsüberprüfungen.

Durch Bürobeschluss vom 8. November 1991 wurden der Aussenpolitischen Kommission des Nationalrates (APK-N) folgende Sachbereiche zugewiesen:

Aussenpolitik: Neutralität, Diplomatie, Internationale Beziehungen, Internationale Organisationen, Entwicklungshilfe, Finanzielle Hilfe, Technische Zusammenarbeit, Humanitäre Hilfe, Menschenrechte.

Aussenwirtschaftspolitik: Beziehungen Schweiz-EU, Beziehungen EFTA-EWR, Verträge mit dem Ausland, Währungsfragen, Beziehungen mit dem IWF, Handels- und



wirtschaftspolitische Massnahmen zugunsten der Entwicklungsländer, Beziehungen der Schweiz zur Weltbank.

2 Behandelte Geschäfte in der 48. Legislaturperiode (2007 – 2011)

21 Statistischer Überblick

Die APK-N hat insgesamt 292 Geschäfte vorberaten. Diese Geschäfte teilen sich in folgende Kategorien auf:

	Geschäftstyp	Anzahl	Verhältniszahlen
a.	Volksinitiativen	0	
b.	Erlassentwürfe des Bundesrates	47	
c.	Berichte des Bundesrates	26	
d.	Mitberichte	8	
e.	Konsultationen zu Verordnungsentwürfen des Bundesrates	31	
f.	Vorprüfungen von Parlamentarischen Initiativen	6	6 „keine Folge gegeben“
g.	Stellungnahmen zu positiven Vorprüfungen der Schwesterkommission	0	
h.	Vorprüfungen von Standesinitiativen	2	2 „keine Folge gegeben“
i.	Ausarbeitung einer Vorlage (pa .lv. / Kt. lv. 2. Phase, Komm. lv.)	0	
j.	Vorlagen des anderen Rates (von einer Kommission des anderen Rates ausgearbeitete pa. lv.)	1	
k.	Kommissions-Vorstösse	15	9 Motionen / 6 Postulate
l.	Motionen des anderen Rates (plus abgeänderte Motionen des eigenen Rates)	5	
m.	Petitionen	16	2 „Folge gegeben“ / 14 „keine Folge gegeben“
n.	Interne Geschäfte	132	
o.	Spezialfälle	3	
	Total	292	

22 Erlassentwürfe des Bundesrates

Die wichtigsten Vorlagen des Bundesrates:

- [07.095](#) Bekämpfung terroristischer Handlungen gegen die nukleare und maritime Sicherheit. Übereinkommen und Protokolle
- [08.028](#) Entwicklungszusammenarbeit. Finanzierung der wirtschafts- und handelspolitischen Massnahmen. Weiterführung
- [08.029](#) Freizügigkeitsabkommen. Weiterführung sowie Ausdehnung auf Bulgarien und Rumänien



- [08.030](#) Technische Zusammenarbeit und Finanzhilfe zugunsten von Entwicklungsländern 2008-2011. Weiterführung
- [08.039](#) Seerechtsübereinkommen der Vereinten Nationen
- [08.040](#) Beziehungen zur Uno und zu den internationalen Organisationen mit Sitz in der Schweiz. Bericht 2008
- [08.043](#) Europarat. Bericht des Bundesrates
- [08.045](#) Die Schweiz und die Konventionen des Europarates. Neunter Bericht
- [08.082](#) Internationale Währungshilfe. Weiterführung
- [09.055](#) Verringerung der wirtschaftlichen und sozialen Ungleichheiten in der EU. Beitrag der Schweiz an Rumänien und Bulgarien
- [09.078](#) Weiterführung der Entwicklungszusammenarbeit. Bericht
- [09.090](#) Zollerleichterungen und Zollsicherheit. Abkommen mit der Europäischen Gemeinschaft
- [10.022](#) Europäisches Übereinkommen über die internationale Beförderung von gefährlichen Gütern auf Binnenwasserstrassen. Beitritt
- [10.030](#) Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstands. Übernahme der Rechtsgrundlagen zum Aussengrenzenfonds
- [10.076](#) Zusammenarbeit mit den Staaten Osteuropas und der GUS. Weiterführung
- [10.081](#) Multilaterale Entwicklungsbanken. Beteiligung an den Kapitalerhöhungen
- [10.085](#) Öffentliche Entwicklungshilfe. Erhöhung
- [10.086](#) Evaluation der schweizerischen Europapolitik. Bericht
- [10.088](#) Verhältnis der Schweiz zu den europäischen Agenturen. Bericht
- [10.096](#) Grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen Gebietskörperschaften oder Behörden. Zusatzprotokoll
- [11.037](#) Internationale humanitäre Hilfe. Verlängerung und Aufstockung des Rahmenkredites
- [11.040](#) Massnahmen zur Förderung des Friedens und der menschlichen Sicherheit. Weiterführung
- [06.105](#) Vereinte Nationen. Fakultativprotokoll gegen Folter (*RK, Mitbericht*)
- [07.074](#) MEDIA Programm 2007-2013. Abkommen mit der Europäischen Gemeinschaft. Zusatzbotschaft (*KVF, Mitbericht*)
- [07.100](#) Schweizer Beteiligung an der KFOR. Verlängerung des Swisscoy-Einsatzes (*SiK, Mitbericht*)
- [09.038](#) Operation NAVFOR Atalanta. Assistenzdienst im Ausland sowie Änderung des Militärgesetzes (*SiK, Mitbericht*)
- [10.075](#) Konsolidierungsprogramm 2012-2013 (*FK, Mitbericht*)
- [10.095](#) Zivile Friedensförderung. Rahmenkredit 2012-2015 für drei Genfer Zentren (*SiK, Mitbericht*)
- [10.098](#) Schweizer Beteiligung an der KFOR. Verlängerung des Swisscoy-Einsatzes (*SiK, Mitbericht*)
- [10.099](#) Zivile friedensfördernde Massnahmen im Rahmen des VBS. Rahmenkredit 2012-2015 (*SiK, Mitbericht*)
- [09.025](#) Freihandelsabkommen zwischen der Schweiz und Japan. Genehmigung
- [09.030](#) Freihandelsabkommen zwischen den EFTA-Staaten und der Republik Kolumbien. Genehmigung
- [09.072](#) Freihandelsabkommen zwischen den EFTA-Staaten und den Staaten des Golfkooperationsrats. Genehmigung
- [10.082](#) Freihandelsabkommen zwischen den EFTA-Staaten und Peru. Genehmigung
- [11.061](#) Freihandelsabkommen zwischen den EFTA-Staaten und Hong Kong. Genehmigung
- [07.093](#) Allgemeine Kreditvereinbarungen des IWF. Verlängerung der Teilnahme der Schweiz
- [09.039](#) Internationaler Währungsfonds. Ausserordentlicher, zeitlich befristeter Beitrag zur Aufstockung der Mittel
- [10.079](#) IWF. Beitritt zu den geänderten Neuen Kreditvereinbarungen



- [10.080](#) IWF. Garantieverpflichtung für ein Darlehen an den Treuhandfonds
- [09.052](#) Aussenpolitischer Bericht 2009
- [10.111](#) Aussenpolitischer Bericht 2010
- [08.008](#) Aussenwirtschaftspolitik 2007. Bericht
- [09.007](#) Aussenwirtschaftspolitik 2008. Bericht
- [10.009](#) Aussenwirtschaftspolitik 2009. Bericht
- [11.008](#) Aussenwirtschaftspolitik 2010. Bericht
- [05.077](#) FIPOI. Finanzhilfen an die WTO I
- [08.050](#) FIPOI. Finanzhilfen an die WTO II
- [09.059](#) FIPOI. Finanzhilfen an die WTO (Intra-muros-Erweiterung)
- [10.053](#) FIPOI. Finanzhilfen an die WTO (Extra-muros-Erweiterung)
- [08.063](#) FIPOI. Finanzhilfen an das IKRK
- [08.025](#) FIPOI. Finanzhilfen an das CERN
- [07.097](#) FIPOI. Finanzhilfen an die UICN
- [08.038](#) Abgeschlossene internationale Staatsverträge im Jahr 2007. Bericht
- [09.040](#) Abgeschlossene internationale Staatsverträge im Jahr 2008. Bericht
- [10.046](#) Abgeschlossene internationale Staatsverträge im Jahr 2009. Bericht
- [11.032](#) Abgeschlossene internationale Staatsverträge im Jahr 2010. Bericht
- [08.019](#) Motionen und Postulate der gesetzgebenden Räte im Jahre 2007. Bericht
- [09.017](#) Motionen und Postulate der gesetzgebenden Räte im Jahre 2008. Bericht
- [10.006](#) Motionen und Postulate der gesetzgebenden Räte im Jahre 2009. Bericht
- [11.006](#) Motionen und Postulate der gesetzgebenden Räte im Jahre 2010. Bericht

Eine inhaltliche Zusammenfassung der Botschaft bzw. des Berichts und der Beratungen finden Sie in Curia Vista ([Link oben](#)) oder, thematisch nach Sachgebieten geordnet, im [Rückblick der Dokumentationsdienste](#).

23 Ausarbeitung einer Vorlage

Die APK-N hat ihrem Rat kein solches Geschäft vorgelegt.

24 Erlassentwürfe des andern Rates

Die APK-N hat das Büro des Nationalrates und die ständigen Delegationen der Bundesversammlung zu einem Mitbericht eingeladen bevor sie ihrem Rat einen Erlassentwurf in Umsetzung folgender parlamentarischen Initiative unterbreiten wird:

- [09.472](#) Pa.Iv. APK-S: Verbesserung der Wirksamkeit und Koordination der internationalen Tätigkeiten der Bundesversammlung

25 Vorprüfungen

Bemerkungen zu Vorprüfungen von pa. Iv. / Kt. Iv. in der APK-N:

- Die Kommission hat in der Berichtsperiode die folgende parlamentarische Initiative geprüft:
 - [07.414](#) Pa.Iv. Schlüer. Schweizer Initiative zur Anpassung der Genfer Konventionen
Antrag: Keine Folge geben. Nach der Vorprüfung durch die APK-S, hat die APK-N eingelenkt und entschieden, keine Folge zu geben.



- [08.442](#) Pa.Iv. Rennwald. Neuer Anlauf für den Beitritt zur Europäischen Union
Antrag: Keine Folge geben.
- [08.467](#) Pa.Iv. Fraktion V. Rückzug des EU-Beitrittsgesuchs
Antrag: Keine Folge geben.
- [09.476](#) Pa.Iv. Reimann Lukas. Die Entwicklungshilfe stärker an die Einhaltung der Menschenrechte knüpfen
Antrag: Keine Folge geben.
- [09.527](#) n Pa.Iv. Fraktion V. Anwendung der Ventilklausel durch das Parlament
Antrag: Keine Folge geben.
- [11.423](#) n Pa.Iv. Vischer Daniel. Einfuhrverbot für Güter aus israelischen Siedlungen in den von Israel besetzten Gebieten
Antrag: Keine Folge geben.
- Die Kommission hat in der Berichtsperiode zwei Standesinitiativen vorgeprüft:
 - [08.300](#) Kt.Iv. GE: Für eine konkrete und direkte Unterstützung der rumänischen Roma durch die Schweiz
Antrag: Keine Folge geben.
 - [09.325](#) Kt.Iv. BE: Erhöhung der Entwicklungshilfe
Antrag: Keine Folge geben.

26 Vorstösse

Bemerkungen zur Erarbeitung von Vorstössen der APK-N und zur Beratung von Motionen des Ständerates:

Vorstösse der APK-N:

- [07.3000](#) Po. APK-N (06.411). Tätigkeiten der NGO in den palästinensischen Gebieten und in Israel
Der Nationalrat hat das Postulat angenommen.
- [08.3241](#) Po. APK-N: Schweizerische Energieaussenpolitik
Der Bundesrat beantragte die Ablehnung von Punkt 1 sowie die Annahme von Punkt 2 des Postulates. Der Nationalrat nahm das Postulat gesamthaft an (Punkt 1 und 2).
- [08.3242](#) Mo. APK-N: 0.4% des BNE für die öffentliche Entwicklungszusammenarbeit ab 2009
Diese Motion wurde von beiden Räten angenommen, obwohl der Bundesrat deren Ablehnung verlangte.
- [09.3006](#) Po. APK-N (08.300). Roma-Unterstützungsprogramme
Der Nationalrat hat das Postulat angenommen.
- [09.3015](#) Mo. APK-N: Bürgerkrieg in Sri Lanka. Engagement der Schweiz
Der Nationalrat nahm die Motion an. Da die APK-S eine gleich lautende Motion eingereicht ([09.3358](#)) und der Ständerat ihr zugestimmt hatte, gilt sie als definitiv angenommen.



- [09.3016](#) Mo. APK-N: Bürgerkrieg in Sri Lanka. Keine Rückführungen von tamilischen Asylsuchenden
Der Nationalrat hat die Motion abgelehnt.
- [09.3360](#) Mo. APK-N: OECD-Führung durch Ministerrat oder G-20?
Die Motion wurde vom Nationalrat angenommen und darauf vom Ständerat geändert.
Der Nationalrat nahm schliesslich die geänderte Version des Ständerates an.
- [09.3361](#) Mo. APK-N: Doppelbesteuerungsabkommen. Konsultation der Aussenpolitischen Kommissionen
Der Nationalrat hat die Motion angenommen.
- [09.3471](#) Mo. APK-N: Nothilfe im Kriegsgebiet von Sri Lanka
Der Nationalrat hat die Motion abgelehnt.
- [09.3472](#) Po. APK-N: Internationale Untersuchungskommission für Sri Lanka
Der Nationalrat hat das Postulat angenommen.
- [09.3774](#) Mo. APK-N: Aramäische Klöster in der Türkei. Anerkennung der Minderheitsrechte der Suryoye
Der Nationalrat hat die Motion angenommen.
- [09.3978](#) Mo. APK-N. Keine Visa mehr für libysche Staatsangehörige
Der Nationalrat hat die Motion zurückgezogen.
- [10.3365](#) Po. APK-N. Einfuhr von Edelmetallen in die Schweiz und Geldwäschereigesetzgebung
Der Nationalrat hat das Postulat abgelehnt.
- [10.3636](#) Po. APK-N. Ratifizierung von ILO-Konventionen
Der Nationalrat hat das Postulat abgelehnt.
- [10.3637](#) Po. APK-N. Beobachterstatus der ILO bei der WTO
Der Nationalrat hat das Postulat abgelehnt.
- [11.4038](#) Mo. APK-N (11.2017). Beseitigung aller Diskriminierungen gegenüber der kurdischen Minderheit in Syrien
Der Nationalrat hat die Motion angenommen.

Beratung von Motionen des Ständerates:

- [09.3358](#) Mo. APK-S: Bürgerkrieg in Sri Lanka. Engagement der Schweiz
Vgl oben [09.3015](#) (gleich lautende Motion).
Da der Nationalrat eine gleichlautende Motion der APK-N ([09.3015](#)) angenommen hat, wird diese Motion als angenommen betrachtet.
- [09.3719](#) Mo. SR. Die UNO untergräbt das Fundament unserer Rechtsordnung
Die APK-N hat die Motion mit 10 Stimmen zu 1 Stimme bei 10 Enthaltungen angenommen.
- [10.3005](#) Mo. APK-S. Massnahmen zur frühzeitigen Information des Parlamentes über relevante europäische Gesetzgebungsentwürfe
Die APK-N beantragte mit 12 zu 9 Stimmen, die Motion gemäss ihrem Änderungsantrag anzunehmen.



- [10.3354](#) Mo. APK-S. Rechtsgrundlage für den Abschluss völkerrechtlicher Verträge durch den Bundesrat
Die APK-N hat die Motion mit 11 zu 10 Stimmen bei 3 Enthaltungen angenommen.

27 Konsultationen zu Verordnungsentwürfen, Information und Koordination

Die APK-N hat sich im Sinne von *Art. 152 Abs. 2 ParlG* durch den Bundesrat über wichtige Entwicklungen und Grundsatzfragen orientieren lassen und dazu Stellung genommen. Besonders wichtiges Geschäft unter diesem Blickwinkel war:

- Abkommen über ein Amtshilfegesuch des US-Internal Revenue Service betreffend UBS AG zwischen dem Schweizerischen Bundesrat und der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika;
- Streit zwischen der Schweiz und Libyen in Folge der Verhaftung eines Sohnes vom libyschen Staatschef Muammar Ghaddafi in Genf im Juli 2008;
- Frühjahrestagung des IWF.

Zudem hat sich die Kommission gemäss *Art. 152 Abs. 3 ParlG* über folgende Geschäfte vom Bundesrat konsultieren lassen:

- WTO: Doha-Runde - Ergänzung und Anpassung des Verhandlungsmandates;
- Freihandelsabkommen mit der EU im Agrar- und Lebensmittelbereich.
Verhandlungsmandat;
- Verhandlungsmandat im Hinblick auf ein Freihandelsabkommen zwischen den EFTA-Staaten und Indien;
- Verhandlungsmandat Zusatzabkommen Fonds Aussengrenzen;
- Erweiterungsbeitrag zugunsten von Bulgarien und Rumänien;
- Verhandlungsmandat im Hinblick auf ein Freihandelsabkommen zwischen den EFTA-Staaten und südosteuropäischen Ländern;
- Verhandlungsmandat zu einem Freihandelsabkommen mit Russland und der Ukraine;
- Verhandlungsmandat für ein Abkommen zur Teilnahme der Schweiz an den EU-Programmen im Bereich der globalen Satellitennavigation Galileo und EGNOS;
- Verhandlungsmandate für die Revision von Doppelbesteuerungsabkommen zur Umsetzung des OECD-Standards bei der Amtshilfe in Steuersachen;
- Prioritäten der Schweiz für die 64. Tagung der UNO-Generalversammlung;
- Verhandlungsmandat zu einem Freihandelsabkommen mit Hong Kong;
- Mandat des Bundesrates zur Klimakonferenz von Kopenhagen;
- Verhandlungsmandat zu einer Vereinbarung zwischen der Schweiz und der EU betreffend die Zusammenarbeit mit der Europäischen Verteidigungsagentur (EVA);
- Verhandlungsmandat zu einem Abkommen zwischen der Schweiz und der EU zum Emissionshandel;
- Anpassung des Mandats für Verhandlungen zwischen der Schweiz und der EU im Bereich Elektrizität und exploratorische Gespräche für weitere Energiethemen;
- Erweiterung des bestehenden Verhandlungsmandates für ein Freihandelsabkommen EFTA-Russland auf die anderen Mitglieder der Zollunion (Belarus und Kasachstan);
- Aufnahme von Verhandlungen über ein Kooperationsabkommen mit der EU im Bereich Wettbewerb;
- Aufnahme von Verhandlungen über ein bilaterales Abkommen Schweiz-EU im Bereich Chemikaliensicherheit (REACH);
- Verhandlungsmandat zu einem Freihandelsabkommen zwischen der Schweiz und der Volksrepublik China;
- Dritte Aktualisierung von Anhang II zum Freizügigkeitsabkommen Schweiz-EU (FZA) betreffend die Koordinierung der nationalen Sozialversicherungssysteme;



- Verhandlungsmandat zu einem Freihandelsabkommen zwischen den EFTA-Staaten und der Sozialistischen Republik Vietnam;
- Prioritäten der Schweiz für die 66. Tagung der UNO-Generalversammlung;
- Verhandlungsmandat über die Ausweitung des bilateralen Luftverkehrsabkommens Schweiz-EU auf Kabotagerechte;
- Anerkennung der Unabhängigkeit des Südsudans;
- Verhandlungsmandat für Verhandlungen zur Aktualisierung und Erweiterung gewisser Abkommen betreffend den Handel mit landwirtschaftlichen Produkten.

Gemäss *Art. 152 Abs. 3^{bis} ParlG*:

- Abkommen mit der Europäischen Gemeinschaft über die Erleichterung der Kontrollen und Formalitäten im Güterverkehr sowie über zollrechtliche Sicherheitsmassnahmen. Vorläufige Anwendung;
- Vorläufige Anwendung der Zusatzvereinbarung zwischen der Europäischen Gemeinschaft, der Republik Island, dem Königreich Norwegen, der Schweizerischen Eidgenossenschaft und Liechtenstein über die Modalitäten der Beteiligung dieser Staaten am Aussengrenzenfonds;
- WTO: Vierte Revision der Pharma-Initiative - Gutheissung und Umsetzung der Ergebnisse;
- Freizügigkeitsabkommen Schweiz-EU (FZA): Aktualisierung von Anhang III.

Gemäss *Art. 152 Abs. 5 ParlG*:

- Bericht der Schweiz an den UNO-Menschenrechtsrat. Konsultation;
- Aktenvernichtung im Zusammenhang mit einem Strafverfahren und Zusammenarbeit mit ausländischen Nachrichtendiensten. Information.

Ausserhalb der von den Ratsbüros zugewiesenen Geschäfte behandelte die APK-S im Sinne von *Art. 44 Abs. 1 Bst. c und d ParlG* verschiedene aktuelle Probleme aus ihrem Zuständigkeitsbereich. Dabei handelt es sich um folgende Themen und Tätigkeiten:

- Aussenpolitik der Schweiz. Schwerpunkte 2008 und Ausblick 2009 – 2011. Aussprache mit den Vorsteherinnen des EDA;
- Europapolitik der Schweiz. Schwerpunkte 2008 und Ausblick 2009 – 2011. Aussprache mit den Vorsteherinnen des EDA und des EVD;
- Personenfreizügigkeit. Gemeinsame Anhörungen APK-N / S;
- Die Frage des Status Kosovos. Internationaler Kontext und Position der Schweiz;
- Freihandelsabkommen mit der EU im Agrar- und Lebensmittelbereich. Anhörungen;
- Aktivitäten und Herausforderungen der Weltgesundheitsorganisation;
- Erweiterungsbeitrag an die zehn neuen EU-Mitgliedstaaten von 2004. Stand der Umsetzung;
- Anhörungen im Hinblick auf ein Freihandelsabkommen zwischen den EFTA-Staaten und Indien;
- Freihandelsabkommen EFTA – Kolumbien und Landwirtschaftsabkommen Schweiz – Kolumbien. Anhörungen;
- Eventuelle mittelfristige Kandidatur der Schweiz für den UNO-Sicherheitsrat. Anhörungen;
- Die International Labour Organization (ILO). Vertiefung;
- Personalmanagement und Aussennetz des EDA. Vertiefung ;
- Steuerpolitische Vorhaben der OECD. Strategie des Bundesrates;
- Bestehendes Instrumentarium des CH-Parlaments für die Beziehungen zur EU. EFTA/EP –Delegation;
- Präsidium der 65. UNO-Generalversammlung. Aussprache mit Herrn Joseph Deiss;
- Schuldenkrise in Griechenland und Euro-Rettungspaket;



- Flughafen Zürich. Stand der Verhandlungen mit Deutschland;
- Die Schweiz und ihre Stimmrechtsgruppe in den Institutionen von Bretton Woods;
- Kosovo-Bericht des Europarates. Anhörung Berichterstatter Dick Marty;
- Beziehungen Schweiz – EU. Nächste Schritte;
- Strategie des Bundesrates beim Abschluss von Doppelbesteuerungsabkommen mit Entwicklungs- und Schwellenländern;
- Wirtschaftsbeziehungen des Kantons Tessin mit Italien. Anhörungen;
- Humanitäre Hilfe im aktuellen Kontext. Vertiefung;
- Europäische Schuldenkrise und Steuerabkommen. Vertiefung;
- Aussprachen mit den zuständigen Departementsvorstehern: „Aktuelles aus dem EDA“, „Aktuelles aus dem EVD“ und „Aktuelle europapolitische Themen“.

Die Kommission führt jährlich eine Informationsreise im Ausland durch mit dem Ziel, sich über das besuchte Land und dessen Verhältnis zur Schweiz zu informieren sowie die bilateralen parlamentarischen Beziehungen zu pflegen. Die Kommission besuchte Bosnien und Herzegowina, Serbien und Kosovo (2008), Cuba und Haiti (2009), Ägypten (2010) sowie Grossbritannien und Irland (2011).

28 Koordination mit andern Kommissionen

Die Kommission hat zu folgenden Geschäften Mitberichte verfasst:

- [06.105](#) Vereinte Nationen. Fakultativprotokoll gegen Folter (*RK*)
- [07.074](#) MEDIA Programm 2007-2013. Abkommen mit der Europäischen Gemeinschaft. Zusatzbotschaft (*KVF*)
- [07.100](#) Schweizer Beteiligung an der KFOR. Verlängerung des Swisscoy-Einsatzes (*SiK*)
- [09.038](#) Operation NAVFOR Atalanta. Assistenzdienst im Ausland sowie Änderung des Militärgesetzes (*SiK*)
- [10.075](#) Konsolidierungsprogramm 2012-2013 (*FK*)
- [10.095](#) Zivile Friedensförderung. Rahmenkredit 2012-2015 für drei Genfer Zentren (*SiK*)
- [10.098](#) Schweizer Beteiligung an der KFOR. Verlängerung des Swisscoy-Einsatzes (*SiK*)
- [10.099](#) Zivile friedensfördernde Massnahmen im Rahmen des VBS. Rahmenkredit 2012-2015 (*SiK*)

Die relativ grosse Anzahl von Geschäften, welche die APK-N im Rahmen des Mitberichtverfahrens gemäss *Art. 49 Abs. 4 ParlG* behandelt hat, lässt sich dadurch erklären, dass als Folge der Globalisierung die Verflechtung zwischen Innen- und Aussenpolitik zunimmt. Zahlreiche Geschäfte mit vorwiegend innenpolitischem Charakter weisen auch eine wichtige aussenpolitische Dimension auf, zu der die APK-N als Fachkommission im Bereich Aussen- und Aussenwirtschaftspolitik Stellung zu nehmen hat. Diese Zusammenarbeit unter Kommissionen im Rahmen des Mitberichtverfahrens kann als positiv beurteilt werden. Sie hat zur Klärung der Sachlage und zur Meinungsbildung der Kommissionsmitglieder beigetragen.

Die Zusammenarbeit unter Kommissionen im Rahmen des Mitberichtsverfahrens kann als positiv beurteilt werden. Sie hat zur Klärung der Sachlage und zur Meinungsbildung der Kommissionsmitglieder beigetragen.



3 Zusammensetzung der Kommission, Subkommissionen

31 Präsidium

- Präsident Wintersession 2007 – Wintersession 2009: Geri Müller
- Präsidentin Wintersession 2009 – Wintersession 2011: Christa Markwalder

32 Mitglieder der Kommission

- Zusammensetzung der Kommission ab Wintersession 2007: Aebi, Allemann, Amacker-Amann, Barthassat, Brunschwig Graf, Estermann, Favre, Fehr Hans-Jürg, Fehr Mario, Haller (neu ab Frühling 09), John-Calame, Lang, Markwalder, Mörgeli, Moser, Müller Geri, Müller Walter, Rechsteiner Rudolf, Reymond, Riklin, Schibli, Sommaruga Carlo, Stahl, Stamm, Wehri, Wobmann
- Rücktritte und neue Mitglieder seit der Wintersession 2007:
Galladé ersetzt Allemann ab Frühling 2009
Schlüer ersetzt Schibli ab Frühling 2009
Fiala ersetzt Favre ab Frühling 2009
Haller, neu ab Frühling 2009
Lumengo ersetzt Galladé ab Winter 2009
Büchel ersetzt Wobman ab Winter 2010
Fässler-Osterwalder ersetzt Rechsteiner ab Frühling 2010
Schneider-Schneiter ersetzt Amacker-Amann ab Herbst 2010

33 Subkommissionen

Die Kommission hat eine Subkommission zur Vorbereitung und Durchführung der Informationsreise nach Haiti/Kuba (2009), Ägypten (2010) sowie nach Grossbritannien und Irland (2011) gebildet.

4 Zeitaufwand der Kommission

41 Kommission

Die insgesamt 44 Sitzungen haben 53,5 Sitzungstage beansprucht. Diese Sitzungen dauerten insgesamt 331,25 Stunden (6,2 Stunden pro Sitzungstag).

Während den Sessionen fanden insgesamt 13 Sitzungen statt, die 6,5 Sitzungstage beansprucht haben. Diese Sitzungen dauerten insgesamt 13,5 Stunden (2,1 Stunden pro Sitzungstag).

42 Subkommission(en)

Die insgesamt 5 Sitzungen haben 2,5 Sitzungstage beansprucht. Diese Sitzungen dauerten insgesamt 4,25 Stunden (1,7 Stunde pro Sitzungstag).



5 Bemerkungen zu den Kommissionsarbeiten

51 Europapolitik

Die Weiterführung sowie Ausdehnung des Freizügigkeitsabkommen auf Rumänien und Bulgarien ([08.029](#)) ist das wichtigste Geschäft, das die Kommission im berücksichtigten Zeitraum beraten hat. Der Bundesrat überreichte der Bundesversammlung eine Botschaft mit zwei Bundesbeschlüssen: ein Bundesbeschluss über die Weiterführung des Freizügigkeitsabkommens und ein Bundesbeschluss über die Ausdehnung des Freizügigkeitsabkommens auf Rumänien und Bulgarien. Ob es sich bei dieser Vorlage im Hinblick auf ein Referendum um zwei unabhängig voneinander zu beantwortende Fragen oder um ein einziges Thema handelt – über diese eher rechtlich-institutionelle Frage drehten sich die Debatten in beiden Räten fast ausschliesslich. Die unterschiedlichen Kommissions- und Ratsentscheide in dieser Frage benötigten für den Abschluss dieses Geschäfts eine Einigungskonferenz, in welcher sich die Fassung des Ständerates (eine integrale Vorlage) gegenüber derjenigen des Nationalrates (zwei Vorlagen) durchsetzte.

52 Internationale Zusammenarbeit

Die APK-N hat des Weiteren die Botschaft über ein siebten Rahmenkredit im Umfang von 800 Millionen Franken für die Finanzierung der wirtschafts- und handelspolitischen Massnahmen im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit für den Zeitraum von 2008–2012 vorberaten ([08.028](#)). Im gleichen Zuge behandelte die Kommission die Botschaft über die Weiterführung der technischen Zusammenarbeit und der Finanzhilfe zugunsten von Entwicklungsländern ([08.030](#)). Mit Letzterer wurde ein neuer Rahmenkredit im Umfang von 4500 Millionen Franken für die Weiterführung der technischen Zusammenarbeit und der Finanzhilfe zugunsten von Entwicklungsländern für eine Laufzeit von spätestens 1. Januar 2009–31. Dezember 2012 beantragt. In den Kommissions- und Ratsdebatten wurden hauptsächlich die Strategie der Entwicklungshilfe und die Höhe der zukünftigen Finanzierung angesprochen, die Notwendigkeit einer Südhilfe blieb hingegen unbestritten. Im Endeffekt konnte sich in beiden Räten eine Mehrheit finden, um den Bundesrat zu beauftragen, eine Zusatzbotschaft für die Erhöhung der Mittel für die Entwicklungshilfe bis zum Jahr 2015 auf 0,5 Prozent des Bruttonationaleinkommens bis Ende 2009 vorzulegen.

Anstelle der erwarteten Kreditbotschaft legte der Bundesrat einen Bericht vor ([09.078](#)). Darin bekundete er, dass er angesichts der Finanzlage des Bundes bis 2013 keine Kreditaufstockungen beantragen werde. Am 11. Januar 2010 beantragte die APK-S, den Bericht an den Bundesrat zurückzuweisen mit dem Auftrag, eine Botschaft vorzulegen. Damit wollte sie erreichen, dass die Räte selbst über eine allfällige Erhöhung der Entwicklungshilfe entscheiden können. Der Ständerat folgte diesem Antrag, der Nationalrat hingegen lehnte die Rückweisung ab. Im zweiten Quartal 2010 beschlossen die APK-S und der Ständerat, an ihrer Position festzuhalten.

Schliesslich unterbreitete der Bundesrat eine Botschaft ([10.085](#)), in der er darlegte, wie die Erhöhung der öffentlichen Entwicklungshilfe bis 2015 auf 0,5 Prozent des BNE erreicht werden kann. Er beantragte, die Rahmenkredite für 2011 und 2012 der Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA) und des Staatsekretariats für Wirtschaft (SECO) um 640 Millionen Franken aufzustocken. Die für die bilaterale Entwicklungszusammenarbeit vorgesehenen zusätzlichen Mittel sollten in den Bereichen Wasser und Klima zur Erreichung der Millenniumsentwicklungsziele beitragen. Auf multilateraler Ebene sollten die zusätzlichen Gelder für die Verpflichtungen gegenüber den multilateralen Entwicklungsbanken verwendet werden. Die APK-N sprach sich mit 14 zu 10 Stimmen bei 2 Enthaltungen für den Rahmenkredit für die DEZA und mit 15 zu 10 Stimmen bei 1 Enthaltung für den Rahmenkredit für das SECO aus. Der Nationalrat ist der Kommission gefolgt und hat den entsprechenden Bundesbeschlüssen zugestimmt.



Die APK-S prüfte zudem die Vorlage, mit welcher der Bundesrat beantragt, dass die Schweiz sich mit einer Auszahlungssumme von 167 Millionen Franken an den Kapitalerhöhungen der multilateralen Entwicklungsbanken beteiligt ([10.081](#)). Mit diesen Kapitalerhöhungen soll diesen Institutionen ermöglicht werden, ihren im Zuge der Finanz- und Wirtschaftskrise erhaltenen Auftrag weiterhin wahrzunehmen. Die APK-N hat den entsprechenden Bundesbeschluss mit 18 zu 8 Stimmen gutgeheissen und der Nationalrat ist dem Kommissionsantrag gefolgt.

Von der APK-N und darauf vom Nationalrat gutgeheissen wurde auch der Bundesbeschluss über die Verlängerung und Aufstockung um 290 Millionen Franken des vierten Rahmenkredits zur Weiterführung der Zusammenarbeit mit den Staaten Osteuropas und der GUS ([10.076](#)). Damit soll die Fortsetzung der Osthilfe an Länder Südosteuropas und der ehemaligen Sowjetunion bis Ende 2012 gewährleistet und insbesondere der Übergang zu einem demokratisch-pluralistischen System unterstützt sowie die wirtschaftliche Entwicklung gestärkt werden.

Die Kommission setzte sich ebenfalls mit der Vorlage über den Beitrag der Schweiz zugunsten von Bulgarien und Rumänien zur Verringerung der wirtschaftlichen und sozialen Ungleichheiten in der erweiterten Europäischen Union ([09.055](#)) auseinander. Die Vorlage wurde gemäss Bundesratsentwurf verabschiedet.

53 Aussenwirtschaftspolitik

Die APK-N befasste sich vor allem in der zweiten Legislaturhälfte auch intensiv mit der Frage, wie nach der Krise das internationale Finanz- und Wirtschaftssystem stabilisiert werden kann. Da es ihrer Meinung nach im Interesse der Schweiz liegt, sich an den internationalen Bemühungen zur Bewältigung dieser Krise zu beteiligen und innerhalb des Internationalen Währungsfonds (IWF) eine wichtige Rolle zu übernehmen, sprach sich die APK-N für den Beitritt der Schweiz zu den geänderten Neuen Kreditvereinbarungen ([10.079](#)) aus, welche bei Krisen, die das internationale Währungs- und Finanzsystem gefährden, das finanzielle Sicherungsnetz des IWF bilden; zudem genehmigte sie einen Verpflichtungskredit in der Höhe von 950 Millionen Franken für die Garantie eines Darlehens der Schweizerischen Nationalbank an den IWF-Treuhandfonds für Armutsbekämpfung und Wachstum ([10.080](#)), und sie trat auf einen zusätzlichen Rahmenkredit in der Höhe von 12,5 Milliarden Franken in Form von Garantien für einen ausserordentlichen, zeitlich befristeten Beitrag zur Aufstockung der Mittel des IWF ein ([09.039](#)). Der Nationalrat folgte diesen Kommissionsbeschlüssen.

Die Prüfung des Beitrags zur Aufstockung der IWF-Mittel ([09.039](#)) wurde im Nationalrat zweimal sistiert. Nach Auffassung der Grossen Kammer sollte dieses Geschäft gemeinsam mit der Botschaft für einen zusätzlichen Rahmenkredit behandelt werden, mit dem der Anteil der öffentlichen Entwicklungshilfe der Schweiz bis 2015 auf 0,5 Prozent des BNE erhöht werden soll (siehe oben). Auf diese Weise sollte gewährleistet werden, dass die finanzielle Beteiligung der Schweiz am IWF und die verschiedenen Entwicklungshilfe-Beiträge umfassend und kohärent geprüft werden. Die Situation entspannte sich, als die APK-N sich an ihrer Sitzung vom Januar 2011 für die Anhebung der Mittel für die öffentliche Entwicklungshilfe aussprach und auch dem Bundesbeschluss über den Beitrag an den IWF zustimmte.

Auf dem Gebiet der Aussenwirtschaftspolitik standen schliesslich die Berichte über die Aussenwirtschaftspolitik 2007, 2008, 2009 und 2010 zur Diskussion.

54 Vereinte Nationen

Die APK befassten sich 2009 verschiedentlich mit dem Bericht des EDA über die Auswirkungen einer eventuelle mittelfristigen Kandidatur der Schweiz für den UNO-Sicherheitsrat. Am Die APK-N nahm an ihrer Sitzung vom 25. Oktober 2010 gemäss Artikel



152 Absatz 3 des Parlamentsgesetzes Stellung zu dieser Frage und sprach sich mit 16 zu 6 Stimmen für eine Kandidatur der Schweiz aus. In den Augen der Mehrheit der APK-N würde der Einsitz im UNO-Sicherheitsrat für die Schweiz eine wertvolle Plattform für den Ausbau und die Stärkung ihres internationalen Netzwerks darstellen. Ausserdem böte sich der Schweiz damit die Möglichkeit, ihre Interessen zu vertreten und ihre Werte auf internationaler Ebene zu fördern.

55 Aussenpolitik allgemein

Ferner setzte sich die APK-N mit dem Aussenpolitischen Bericht 2009 ([09.052](#)) und 2010 ([10.111](#)) auseinander. Dieser Bericht gibt einen Gesamtüberblick über den heutigen Stand der Schweizer Aussenpolitik. Neben einer Darstellung der wichtigsten gegenwärtigen und künftigen Herausforderungen gibt der Bericht Rechenschaft über die hauptsächlichen Aktivitäten seit dem Erscheinen des Aussenpolitischen Berichts vom Juni 2007. Mit der neuen Form des Aussenpolitischen Berichts verwirklicht der Bundesrat die Idee, welche die APK-S in einem Postulat ([06.3417](#)) zur Prüfung vorgeschlagen hatte, alle periodisch erscheinenden Berichte zur Aussenpolitik in einem Gesamtbericht zusammenzufassen.

6 Ausblick

Wichtige Themen in der 49. Legislaturperiode 2011-2015 im Zuständigkeitsbereich der APK-N, soweit zurzeit voraussehbar:

Die Kommission wird die Entwicklung der Beziehungen zwischen der Schweiz und der Europäischen Union weiterhin aufmerksam verfolgen. Vor allem wird sie sich regelmässig über die Zusammenarbeit mit der EU im Rahmen des Schengen/Dublin-Abkommens orientieren lassen. Eingehend befassen wird sich die APK-S auch mit den institutionellen Fragen, welche sich im Zusammenhang mit den bilateralen Abkommen stellen, so u.a. bei der Anpassung der Abkommen an die Entwicklung des *Acquis communautaire*, der Auslegung der Abkommen und der Streitbeilegung. Die Art und Weise, wie die bilateralen Beziehungen zwischen der Schweiz und der EU weitergeführt und ausgebaut werden sollen, wird Gegenstand intensiver Debatten sein, an denen sich die Kommission aktiv beteiligen wird.

Die Stellung und Rolle der Schweiz in den Vereinten Nationen wird ein weiterer Schwerpunkt der Kommissionstätigkeit darstellen. Die Kommission wird die Aktivitäten der UNO verfolgen und sich über die Mitarbeit der Schweiz informieren lassen, entweder mittels der in *Artikel 152 ParlG* festgelegten Konsultationsmechanismen oder im Rahmen der Gespräche über aktuelle Themen mit dem Vorsteher des EDA. In thematischer Hinsicht werden die Reformen der Weltorganisation im Mittelpunkt stehen.

Eine weitere Priorität wird die bilaterale und multilaterale Beteiligung der Schweiz an der internationalen Zusammenarbeit sein. Auf multilateraler Eben spielen hier neben der UNO, die OECD sowie die Bretton Woods Institutionen eine wichtige Rolle. Die Kommission wird die Politiken und die Aktivitäten der Schweiz im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit, der humanitären Hilfe, der zivilen Friedens- und Menschenrechtsförderung sowie der Wirtschafts- und Währungshilfe prüfen und mitgestalten. Sie wird sich insbesondere mit den Rahmenkrediten zur Finanzierung der jeweiligen sektoriellen Aktivitäten befassen und dabei die strategische Ausrichtung und die Prioritäten der verfolgten Politiken prüfen.

Des Weiteren wird die Kommission wirtschafts- und finanzpolitischen Beziehungen mit Drittländern mitverfolgen und sich allenfalls mit Hilfe der in *Artikel 152 ParlG* festgelegten Konsultationsmechanismen oder im Rahmen der Gespräche über aktuelle Themen mit den zuständigen Departementsvorstehern informieren.



Schliesslich wird die Kommission vermehrt die allgemeine internationale Lage sowie die bilateralen diplomatischen Beziehungen der Schweiz mit Drittländern verfolgen.